

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

20.3.1849 (No. 67)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 20. März.

N. 67.

Voranzahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Eintückungsgebühr: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Karlsruhe, 18. März.

Das heute ausgegebene Regierungsblatt Nr. 14, vom gestrigen Datum, verkündigt die Gesetze über die Verhaftung von Verbrechern — die Vornahme von Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahme von Papieren und Briefen — die Bewilligung eines Kredits zur Einleitung und Ausrüstung der Kontingentvermehrung auf 2 % der Bevölkerung. Ferner enthält dasselbe eine landesherrliche Verordnung über die Ausscheidung der Militärverbrechen und Vergehen, und eine Verordnung des Ministeriums des Innern über die Gründung und Beaufsichtigung der Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 17. März. (187. Sitzung.) Noch ehe die eigentliche Sitzung beginnt, herrscht unbeschreibliche Aufregung in den Räumen der Paulskirche; auf jedem Gesicht sieht man zu lesen, daß heute ein Schicksalstag ist.

Auf der Tagesordnung steht der Welfer'sche Antrag. Der Präsident zeigt mehrere Beiträge für die Flotte an. Zimmermann aus Stuttgart erhebt die Zwischenfrage, wie es mit der gegen die Abgeordneten Biß, Simon von Trier, und Schöffel vor 5 Monaten eingeleiteten Untersuchung stehe? Es wird ihm auf die nächste Sitzung Antwort versprochen. Mathner berichtet über eine Streitige Wahl.

Heinrich v. Gagern verlangt das Wort. Tiefe Stille. Er antwortet auf die früher durch Hans v. Raumer bezüglich der österreichischen Politik gestellte Frage. Aus Altentünden, die bereits veröffentlicht sind — neue kamen bisher nicht hinzu — zeigt er, daß Oesterreich weder ein preussisches Kaiserthum, noch die Grundzüge der vom Reichstag entworfenen Verfassung, noch endlich eine künftige Macht und Einheit der Nationalvertretung beim Bunde mittelst eines Volkshauses dulden wolle. Er widerlegt dann die in den österreichischen Noten vorgebrachten Behauptungen, und sucht zu beweisen, daß Oesterreich, nachdem es erklärt, nicht an der vom Reichstage begründeten Verfassung Theil nehmen zu können, weder ein wohlverstandenes Interesse, noch ein Recht habe, Deutschlands Verwandlung in einen Bundesstaat zu verhindern. (Tiefer Eindruck.)

Wigard beantragt, den seit einem halben Jahre geschlossenen Theil der Gallerien heute ausnahmsweise für das Publikum zu öffnen, weil sehr viele Leute sich zum Zuhören gemeldet hätten, die keinen Platz finden könnten.

Gagern schlägt vor, man möge die Entscheidung über diesen Antrag dem Präsidenten des Hauses überlassen. Die Gallerie rechts wird geöffnet. Lärm durch das Hereinsitzen vieler Personen.

Der Präsident verliest eine Reihe von Verbesserungsanträgen zum Antrage Welfer's, worunter einer von Radowicz, dessen Hauptsumme dahin zielt, es der freien Wahl der Einzelstaaten zu überlassen, ob sie dem neu sich bildenden Bundesstaat angehören oder im alten Bundesverhältnisse verbleiben wollten.

Eingeschrieben sind mehr als 80 Redner für und wider. Es entsteht ein Streit, ob Welfer als Antragsteller zuerst gehört werden solle, oder nicht. Was er spricht dafür; Bogt bemerkt, die Frage sey gleichgültig, da Welfer jedenfalls auf der Rednerliste vornen stehe.

Welfer erhält das Wort. Nachdem Oesterreich freiwillig seine Absicht ausgesprochen, dem Bundesstaate nicht beizutreten, seyen sämtliche Bedenkllichkeiten, die er bisher gehegt, verschwunden, und mit Freuden kehre er zu dem Lieblingsgedanken seiner Jugend, zu dem Gedanken eines preussischen Kaiserthums zurück. Er beutet sodann die schwächste Seite der Gegenpartei aus: die österreichische Erklärung für ein Staatenhaus ohne Volkshaus, und endigt unter großem Beifall.

Radowicz betritt die Bühne. Er rügt in ergreifender Weise die Leidenschaftlichkeit, welche in der Versammlung überhand genommen, und legt, wenn es möglich, Berufung an den gesunden Menschenverstand der Anwesenden ein. Sodann folgt eine Auseinandersetzung unserer jetzigen Lage: Oesterreich hat gesagt, indem es Deutschland durch die neue Verfassung eine Reihe Provinzen entzog, die Jahrhunderte lang zum deutschen Reiche gehörten; die Paulskirche hat geantwortet, indem sie die Zentralisationsgelüste zu weit trieb. Nunmehr ist nur noch ein völlerrechtliches, aber nach Möglichkeit festes und inniges Bündniß mit Oesterreich ausführbar. Er empfiehlt ausführlich seinen Verbesserungsantrag und zeigt, daß derselbe im Einklange mit den von Europa anerkannten Grundzügen der alten Bundesverfassung stehe. Seine Rede, die in der That meisterhaft ist, macht tiefen Eindruck.

Nach Radowicz gibt Wurm eine politische Hauswurstaube zum Besten. Nur Verwegenheit könne uns helfen; Diplomatie nütze so wenig, als im Jahr 1815. Verfe aus den Freiheitskriegen wechseln mit Deklamationen ab:

D Deutsche werdet weiser,
Es fehlt Euch noch der Hirt,
Dum wählt Euch einen Kaiser
Und zwingt ihn, daß er's wird.

Der Redner setzt weiter auseinander, daß der alte, selige

Bundesstag im Jahr 1842 sich sehr kühn gegen Eingriffe des Auslands ausgesprochen habe; der Reichstag dürfe von einem solchen elenden Kollegium sich nicht beschämen lassen. „Nur kühn aufgetreten“, schließt er, „die Meinung im südlichen Deutschland ist nicht gegen das preussische Kaiserthum, sondern man hat das Volk nur für den Augenblick verhetzt: der beste Mann des südlichen Deutschlands, Paul Pfizer, hegt noch immer die alte Meinung, und das Volk fühlt noch immer für ihn.“ (Widerpruch von Seiten der Linken; längeres Hin- und Herabreden von und nach der Tribüne.)

Römer verlangt das Wort, um einen von Wurm auf die württembergische Regierung gemachten Angriff zurückzuweisen. Falsch sey die Behauptung Wurms, daß die württembergische Regierung dem Könige von Preußen die Kaiserkrone angeboten habe; eben so entbehre der Satz alles Grundes, daß die Stimmung des württembergischen Volkes in Bezug auf das preussische Kaiserthum künstlich verdreht worden sey: Pfizer's Ansichten in Bezug auf Preußen hätten stets sehr wenig Anklang gefunden. Der Redner schließt mit einer Rechtfertigung der württembergischen Regierung und mit der Hinweisung, daß die Reichsversammlung kein halbes, sondern ein ganzes Deutschland zu schaffen habe. (Großer Beifall.)

Hermann aus München, einer der drei Abgeordneten, die neulich nach Wien gingen, spricht für Oesterreich. So gut als Preußen seine ehemals nicht zum Bunde gehörigen Provinzen herangezogen habe, eben so gut dürfe Oesterreich Dasselbe thun. Oesterreich wolle das Direktorium, — vortrefflich; Oesterreich wolle ein Staatenhaus, — noch besser; er hoffe, Oesterreich werde auch das Volkshaus bewilligen: man solle nur weiter unterhandeln, es könne noch Alles gut werden. Der Redner hebt die unberechenbaren Vorteile hervor, welche der von Oesterreich angebotene Zollanschluß dem Vaterlande gewähren müsse; seine Ziffern und Nützlichkeitsberechnungen erregen jedoch in dem verhängnißvollen Augenblicke nur Widerwillen.

München findet einen entscheidenden Schlag nöthig, um das Volk anzuführen und das schwer bedrohte Vaterland zu retten. Darum ohne Wanken ein Vorgehen gewählt und den Antrag des Verfassungsanschlusses genehmigt; wenn Solches geschehe, werde er noch in seiner Todesstunde den gegenwärtigen Augenblick segnen.

Nun kommt Bogt an die Reihe. „Ich will nicht behaupten“, sagt er, „daß wahr sey, was in gewissen öffentlichen Blättern behauptet wird, nämlich Hr. Welfer verlange Entschädigung für die Verluste, die er früher im Dienste der Freiheit erlitten habe.“ (Großer Lärm.) Unerwartet fährt Bogt fort: „Ich glaube Dies nicht, sondern ich gehe auf die von Hrn. Welfer vorgebrachten Gründe ein.“ Folgen Spöttereien über Gagern's Erklärung, daß er von einer russischen Note Nichts wisse, auf Welfer, auf die „H. Gutgefunten“, welche so emsig daran arbeiten, den Schluß der Revolution zu schließen. Die Zentralgewalt habe seit den letzten 6 Monaten nichts Anderes gethan, als daß sie im Innern zu Gunsten eines preussischen Kaiserthums intrigirte, und im Uebrigen die Dinge gehen ließ, wie Gott wollte. (Der Präsident ruft deshalb den Redner zur Ordnung.)

Bogt greift nun die Bayern und Ultramontanen an, daß sie so gar Nichts gethan hätten, um die Umtriebe der H. H. Diplomaten Bray und Cetto aufzuhalten.

Sodann zeigt er aus einer neuesten Broschüre Paul Pfizer's, daß dieser nicht, wie Hr. Wurm behauptete, ein erbliches, an Preußen zu übertragendes Kaiserthum, sondern das Gegenheil anrathet. Noch fällt er über Hermann und die österreichischen Vorschläge her; diese seyen abseuflich, er aber lasse sich die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes nicht um eine Heerde ungarischer Dörsen abhandeln. Schließlich kommt er auf Wasserfall zu sprechen, dessen durch den Erfolg widerlegte Vorhersagungen er durchhehelt.

Es ist 3 Uhr; die Debatte wird vertagt. Der Präsident verliest eine Protestation mehrerer Mitglieder der Linken gegen den Ordnungsruf, welchen er gegen den Angriff Bogt's auf die Zentralgewalt ausgesprochen halte. Simon behauptet dagegen mutbig seine Berechtigung.

Frankfurt, 18. März. Obgleich die Zahl der Stimmen, auf welche man mit Sicherheit für das Erbkaiferthum rechnen kann, noch ziemlich weit entfernt ist von der Mehrheit, so wird es doch alle Tage wahrscheinlicher, daß der Antragsantrag durchgehen wird, wahrscheinlicher besonders dadurch, daß demselben von keiner Seite her etwas Annehm- und Ausführbares entgegengesetzt wird.

Was die Vorschläge der österreichischen Regierung betrifft, so rede ich nicht davon; denn es gibt Niemand, der den Muth hätte, sie zu befürworten. Der Herrscher-Hermann'sche Antrag, von Seite der Reichsversammlung Unterhandlungen anzuknüpfen mit der österreichischen Regierung, die darauf hinausgehen sollen, daß innerhalb der von Oesterreich vorgeschlagenen Verfassung neben dem Gesamtstaatenhause ein Volkshaus für die deutsch-österreichischen Lande und das übrige Deutschland zugestanden werde, dieser

Antrag hat die allerschwächste Aussicht auf Unterstützung, und ich möchte nicht behaupten, daß Hr. Hermann demselben durch seine gestrige Rede Stimmen gewonnen habe. Eben so wenig kann noch ferner von einem Direktorium die Rede seyn, welches die wenigen Stimmen, die es von je her für sich hatte, hauptsächlich der Rücksicht auf Oesterreich verdankt, und an welchem, nach dem Rücktritt Oesterreichs, höchstens noch von einigen bayrischen Abgeordneten festgehalten werden wird. Zu Gunsten eines lebenslänglichen Kaisers würden ziemlich viele Stimmen auf der Linken zu gewinnen seyn, aber auf der andern Seite würde die doppelte und dreifache Stimmenzahl gegen ihn verloren werden.

So bleiben denn nur die Vorschläge der Linken, als da sind: Präsident — „sechsjähriger Kaiser“ (!) — Diktatur; — Vorschläge, an welche die Linke natürlich selbst nicht glaubt, und auf die sich kein vernünftiger Mensch freuen wird, das heißt kein solcher, welcher überhaupt will, daß in der Paulskirche ein Beschluß zu Stande komme. Damit soll denn freilich nicht gesagt seyn, daß es nicht Abgeordnete gebe, die für nichts Anderes stimmen werden, als für ihren Präsidenten, sechsjährigen Kaiser, und Diktator; aber es werden derselben zur Ehre der Reichsversammlung wenige seyn.

Von den präjudizialen Anträgen verdient einige Beachtung der, welchen die H. H. v. Radowicz, v. Deeg, v. Selchow, v. Boddien, und andere preussische Abgeordnete dieser Farbe gestellt haben, dahin gehend, daß zwar die Verfassung dem Antragsantrage gemäß angenommen werde, aber mit Ausschluß der Bestimmung über das Reichsoberhaupt, über welche die Beschlußnahme ausgesetzt bleiben soll, bis die Stimmen der deutschen Regierungen, und wenn ich recht verstanden habe, auch der übrigen Mittheiligten an den Verträgen von 1815 eingeholt seyen. Dieser Antrag verdient Beachtung, sage ich, nicht weil ich die Annahme desselben für möglich halte, sondern weil ich von dem Inhalt desselben Rückschlüsse machen zu dürfen glaube auf gewisse Kabinettsstimmen, bei denen es wünschenswerth erscheinen mag, Zeit zu gewinnen, um einen Entschluß fassen zu lassen, über den man nicht ohne fremde Beihilfe mit sich einig zu werden glaubt. Wie dem auch sey, wenn der Radowicz'sche Antrag durchginge, so würde an das Zustandekommen des Erbkaiferthums nicht zu denken seyn; aber er wird nicht durchgehen, und die Unterzeichner desselben werden nach seiner Verwerfung für den Antragsantrag stimmen.

Wenn in der Paulskirche überhaupt ein Beschluß zu Stande kommt, so ist es die Annahme des Antragsantrags. Jenseits desselben liegt das Nichts. Es ist unzweifelhaft, daß die österreichischen Abgeordneten die Entscheidung in ihrer Hand haben, und ich hoffe, daß sie das letzte Argument nach seinem ganzen Werthe würdigen werden, mit welchem Hr. Welfer seine gestrige Rede schloß: daß sie sich die furchtbare Wahrheit des Satzes gegenwärtig halten werden, daß sie im vergeblischen Bemühen, Oesterreich für fest durch Verkündung des Erbkaiferthums politisch bei Deutschland zu halten, einen moralischen Riß in das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich bringen würden, der vielleicht in vielen Menschenaltern nicht geheilt werden könnte.

Frankfurt, 18. März, Abends 7 Uhr. Ich erfahre im Augenblicke des Postschlusses, daß sich das Gerücht von der Verlängerung des Waffenstillstandes mit Dänemark bestätigt. Dänemark wandte sich, wahrscheinlich auf Veranlassung Englands, mit dem Gesuche um eine Waffenstillstands-Verlängerung auf 3 Wochen nach Berlin, wurde aber dort beschieden, daß die Entscheidung dieser Frage nur der Reichsregierung zustehe. Die Reichsregierung hat nun heute auf telegraphische Anfrage ihre Zustimmung zu dem Ansuchen der Dänen erteilt, und wir haben damit vorläufig eine weitere Frist bis zum 15. April gewonnen, um die Sezessionen zu betreiben, mit deren Hilfe uns ein ehrenhafter Friede hoffentlich nicht fehlen kann.

Die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung theilt folgendes Rundschreiben des preussischen Ministeriums des Auswärtigen an die preussischen Gesandtschaften bei den deutschen Regierungen mit:

Die k. k. österreichische Regierung hat durch ihren Gesandten am hiesigen Hofe die Vorschläge mitgetheilt, welche sie durch Instruktion an ihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt vom 27. v. M. in Betreff der Bildung einer obersten Zentralerikativgewalt in der deutschen Bundesverfassung in Form eines Direktoriums hat nach Frankfurt gelangen lassen.

Es gereicht der k. Regierung zur großen Befriedigung, daß damit nun auch Oesterreich den von uns vorgeschlagenen Weg der Verhandlung in Frankfurt betreten hat. Wir haben uns daher auch nur mit Vergnügen bereit erklären können, diese Vorschläge einer reiflichen Erwägung zu unterziehen, und der k. Bevollmächtigte in Frankfurt wird mit hinreichenden Instruktionen versehen werden, um in die Besprechungen und Beratungen über dieselben in Frankfurt eintreten zu können, von welchen wir die Hoffnung hegen dürfen, daß sie zu dem immer von uns angestrebten Ziele der Verhandlung unter den Regierungen und mit der Nationalversammlung führen werden.

Wir zweifeln nicht, daß auch die übrigen deutschen Regierungen,

denen die österreichischen Vorschläge inzwischen, sey es direkt, sey es durch ihre Bevollmächtigten, bekannt geworden seyn werden, zu einem gleichen Verfahren bereit seyen.

Ich ersuche daher Ew. M., der Regierung, bei welcher Sie akkreditirt sind, den Wunsch des k. Kabinetts auszudrücken, daß dieselbe baldmöglichst ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt die nöthigen Instruktionen erteilen wolle, um an den Beratungen über jene Vorschläge auf eine den dortigen Ansichten entsprechende Weise Theil nehmen zu können.

Berlin, 10. März 1849.

Graf Arnim.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. März. Nach zuverlässigen Nachrichten ist das Bataillon v. Porbeck (seit dem 5. Februar in Kantonnirungen zu Altona) am 10. d. M. von dort aufgebrochen, um über Neumünster und Osterode in die Gegend von Flensburg vorzugehen, wo dasselbe heute eingetroffen seyn wird.

Karlsruhe, 19. März. Tagesordnung der Ersten Kammer auf Dienstag den 20. März, Morgens 10 Uhr: Diskussion des Berichts des Frhrn. v. Rüdiger über den Gesetzentwurf, die Klagen gegen öffentliche Beamte betreffend.

Karlsruhe, 19. März. Tagesordnung der Zweiten Kammer auf Montag den 26. März, Vormittags 10 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben und Motionen; 2) Beratung des Berichts des Abg. Schmitt, das Budget der Kameral- und Forstdomänen betr.; 3) des Abg. Plankenhorn, das Budget der Salinen-, Zoll-, und Steuerverwaltung betr.; 4) des Abg. Vöhlme, den Gesetzentwurf die Aufhebung der Patronatsrechte betr.; 5) Berichte der Petitionskommission.

Karlsruhe, 18. März. Seit längerer Zeit beschäftigt sich die badische Zeitungspreffe mit Vorschlägen zur Verbesserung des badischen Forstwesens. So enthält Nr. 64 der Neuen Freiburger Zeitung vom 16. März einen Aufsatz, welcher einige Berichtigungen erfordert.

1) Die Aufhebung der Forstpolizei-Direktion und Verstärkung der bisherigen Forstdomänen-Direktion durch zwei Forsträte, so wie ihre Konstituierung zur obersten Forstbehörde, ist ein altes Projekt und von der Regierung längst ausgesprochen.

2) Die Aufhebung der sämtlichen Forstämter ebenfalls.

3) Die Aufhebung der standes- und grundherrlichen Bezirksforstereien dergleichen.

4) Die zweckmäßige Einteilung des Landes in Bezirksforstereien besteht; es genügt aber an 92, und sind die von dem Korrespondenten vorgeschlagenen 100 nicht notwendig.

5) Die Aufhebung der Diäten und Aversirung der Auslagen bei auswärtigen Geschäften ist ausgesprochen.

Alle diese Veränderungen sind längst bekannt und sollen auf den 1. Mai ins Leben treten. Wegen der Entfernung einzelner Forstbeamten und Anstellung anderer, welche dem Freiheitsfinn des Korrespondenten so schwer aufliegen, wird man den 1. Mai abwarten müssen, und kann dann urtheilen.

Die wohlmeinende und sachverständige Stimme, die sich vor beiläufig einem Jahre hören ließ, kam zu spät, indem die erwähnten Verbesserungen längst angebahnt waren.

Was die Zusammensetzung der im Oktober des vorigen Jahres ertretenen Kommission betrifft, so genügt die Namensliste ihrer Mitglieder, um den Vorwurf einer altbürokratischen Richtung zu widerlegen. Ob ein sogenannter freisinniger und miltiebigler Bezirksförster von der Theilnahme an der Beratung befreit worden ist oder nicht, wissen wir nicht; wir sollten aber doch wohl glauben, daß den Ministerien des Innern und der Finanzen, wenn sie einen Werth auf ihn gelegt hätten, die Macht nicht gefehlt hätte, ihn wirklich beizuziehen.

Wenn unter dem sogenannten freisinnigen und miltiebigler Bezirksförster der Mann im Hirslande, der bekannte Korrespondent der Abendzeitung, gemeint seyn sollte, so werden sich wohl die Forstleute des Großherzogthums über seine Nichttheilnahme an den Beratungen trösten können, und es wird unter ihnen ziemlich ausgemacht seyn, daß die beigezogenen Bezirksförster dem Manne im Hirslande an Kenntnissen und Erfahrungen wenigstens nicht nachstehen, und daß sie auch nicht dem Servilismus zugethan sind, wenn sie auch nicht, wie der Abendzeitungs-Korrespondent, bei jeder Gelegenheit von ihrer Freisinnigkeit und ihren andern guten Eigenschaften selbstredend auftreten.

Den Vorwurf, daß der Stand der Bezirksförster nicht vertreten gewesen sey, haben wir ungerne gelesen. In einer Zeit, in welcher alle Unterschiede gefallen sind, sollte man von Standesrücksichten der Bezirksförster nicht reden. Es handelt sich hier um das allgemeine Interesse und nicht um das besondere Interesse einer Beamtenklasse.

Was die projektirten 5 Inspektionen leisten werden, kann nur die Zeit lehren; Viele versprechen sich viel davon, Manche wenig, Einige gar Nichts. Das läßt sich mit allgemeinen Redensarten nicht abfertigen, wird sich vielmehr erst in der Folge geben.

Weiteres über diese Sache wird am 26. d. M. in der Zweiten Kammer verhandelt werden, und es wird sich dann zeigen, was geschieht. Wir unsererits möchten glauben, daß die Kammer sich durch die Standesvorschläge des Korrespondenten nicht betören lassen, sondern ihren eigenen Weg gehen wird. Wenn wir aber einen Wunsch aussprechen dürfen, so besteht er darin, daß die Kammer eine völlige Freigebung der Privatwaldungen von aller und jeglicher Forstaufsicht verlange. Das wäre wahrer Freisinn! Oder hat etwa der freisinnige und miltiebigler Bezirksförster oder der Korrespondent hierin eine seiner schwachen Seiten zu Gunsten des altbürokratischen Polizeizopfes?

Durlach, 16. März. Ahermals ein Zeichen, daß es wieder besser will werden in unserer alterthümlichen Stadt! Keine Frivolität muß der züchtigen Sitte weichen; edleres Selbstgefühl tritt an die Stelle feiger Furcht; die

Farbe der Reinheit in Gesinnung und That hat gesiegt über die schuldbeleckte Farbe des Bluts! — Die Fahne, welche, gestiftet von Frauenhänden, der hiesigen Bürgerwehr überreicht werden soll, wird eine weiße seyn; so hat die große Mehrheit von Frauen und Jungfrauen gegenüber einer kleinen Minderheit, deren Leiterin mit maßloser Dreistigkeit die hochrothe Fahne forderte, gestern im Rathhause saale beschlossen.

Wir wünschen der Mehrheit Glück zu ihrem Siege, welchen ein im Hinblick auf die politischen und sozialen Grundsätze der Mehrzahl der gegenwärtigen Bürgerwehr führender gewiß überreiter Schritt, den wir grundsätzlich streng tadeln müssen, nothwendig machte, sollte nicht unauslöschliche Schmach über uns kommen.

Aber noch ist ein zweiter Sieg nöthig: es darf die weiße Fahne nimmermehr von rother Hand getragen werden! — Wird auch Das zu bewirken jener Mehrheit gelingen? Fast fürchten wir, „nein“! und eben Das ist es wohl, was Vielen gebot, dem Unternehmen nicht beizutreten; Vielen, die, wären sie gewiß, daß der Wahlspruch der Fahne: „Mit Gott für heilige Ordnung zum Schutze der Freiheit und der Rechte, der Bildung und des Wohlstands der Bürger“ nicht etwa entweicht werde, aus innigster Herzensfreude das herrliche Symbol mit den reichsten schwarz-gold-rothen Bändern schmücken würden.

Stettenheim, 18. März. Es wird dem Vaterlandsfreund eine erfreuliche Nachricht seyn, daß auch hier ein vaterländischer Verein im Entstehen ist, zu welchem gleich in den ersten Tagen an 50 Bürger ihren Beitritt erklärt haben. Möge er festen Sinnes seine Aufgabe erfüllen!

Bei der gestern dahier stattgehabten Erbschaft eines Wahlmanns hat die konstitutionelle Partei mit großer Stimmenmehrheit gesiegt. Gemeinderath Mengis dahier ist der Mann ihres Vertrauens.

Freiburg, 17. März. (N. Fr. Z.) Seit einigen Tagen befindet sich Brentano, welcher die Verteidigung Struve's in den bevorstehenden Gerichtsverhandlungen übernommen hat, hier, um die hierzu nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Ein anderer Verteidiger ist der Obergerichtsadvokat Feder von Bruchsal. Struve selbst und Blind sitzen getrennt in der hiesigen Hauptwache, wo sie, wie wir hören, mit angemessener Rücksicht behandelt werden.

Der Prozeß wird Dienstag Morgen um 9 Uhr beginnen. Wir hören von bevorstehendem großem Zuhörerandrang. Leider sind die Räumlichkeiten, die dem Publikum freigegeben werden können, so spärlich, daß Viele leicht keinen Zutritt finden dürften. Uebrigens sollen alle Maßregeln getroffen seyn, damit bei dem etwaigen übermäßigen Zusammenfließen vieler Menschen die Ordnung im Hofgerichts-Lokale möglichst erhalten wird.

Stuttgart, 16. März. Auch bei uns beginnt es Licht zu werden, seitdem durch die Erklärungen der Minister der Rebel, in welchen die Volksvereine die öffentliche Meinung geklärt hatten, zertheilt ist. Von allen Seiten krömen dem Ministerium Vertrauensadressen zu, auch von Zweigvereinen des hiesigen Volksvereins, die sich in eine Agitation hatten hineinreihen lassen, bei welcher am Ende jede Regierung unmöglich gewesen wäre. Der konstitutionell-monarchisch gestimmte vaterländische Verein gewinnt bei dem Volke immer mehr Anhang, was sich durch Bildung von Zweigvereinen in Städten und Dörfern, und durch eine Zustimmungsadresse von mehr als tausend hiesigen Bürgern erfreulich bekundet. Auf Zustimmung hat er, wie aus zahlreichen Zuschriften sich ergibt, vornehmlich bei dem arbeitenden Landvolke zu rechnen, wenn auch diese Zustimmung sich seltener in eigentlicher Bildung von Vereinen ausdrückt, wovon der natürliche Grund ist, daß Vereine auf dem Lande meist in schlechtem Geruch stehen, als zu Faulenzen und Saufereien Anlaß gebend. In der nächsten Zeit wird eine Generalversammlung der Freunde des vaterländischen Vereins stattfinden, welche ein engeres Zusammenfließen, vornehmlich für die in Aussicht stehenden Wahlen, zum Zwecke hat.

Unsere Abgeordnetenkammer fährt fort, bei der Beratung des Budgets unausführbare Beschlüsse zu fassen und unpraktische Wünsche zu äußern. Der schwierigste Theil ihrer Aufgabe bleibt noch übrig: die Ausfüllung des immer bedenklicher werdenden Finanzausfalls.

Hier in Stuttgart, wo der Hof und der Adel sich genöthigt sahen, wegen der Verminderung ihrer Einnahmen ihre Ausgaben einzuschränken, wo die Beamten gleichfalls schweren Einbußen entgegensehen, nimmt die Erwerbslosigkeit und Verarmung immer mehr überhand, und wenn es so fortgeht, droht ein allgemeiner Bankerott. Besonders übel daran sind die Folgen der Bauwuth der letzten Jahre und die nothwendig gewordenen Einschränkungen in sonst wohlhabenden Familien; dann sind die meisten Häuser in den Händen mittlerer und kleiner Handwerksleute, welche nur das Angeld erlegt haben und die Zieher durch Ersparnisse von den Miethzinsen und ihrem Arbeitsverdienst aufzubringen hoffen durften, nun aber zum Theil ohne Miethzins sind oder die Miethpreise herabsetzen mußten, durchgängig aber ihren Verdienst geschmälert, wo nicht ganz vernichtet sehen. Werkstätten, wo sonst zwanzig, dreißig Gesellen arbeiteten, sind nun leer; die fleißigen Hände ruhen.

Die H. H. Demokraten, die in den Kneipen sich wohl seyn lassen, und in einem allgemeinen Umlauf ihr Schäßchen zu scheeren hoffen, sprechen von „Heulern“, wenn ein fleißiger Bürger, der bisher seine Familie redlich durchbrachte, nun um seiner hungernden Kinder, um seines vernichteten Erwerbes willen erbittert ist über die gewissenlosen Leute, die mit aller Macht auf einen perpetuirlichen Revolutionszustand hinarbeiten. Wer aber noch menschliches Gefühl hat, wird diese Gesinnung vollkommen gerechtfertigt finden.

München, 16. März. (Allg. Z.) Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts ist vom Ministerium des Innern wieder getrennt, und Ringelmann zum betreffenden Minister ernannt worden.

Das Kommando des nach Schleswig-Holstein bestimmten bayrisch-sächsischen Armeekorps hat der Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Bruder Ihrer Maj. der Königin Theresie von Bayern, erhalten. Der tapfere Oberstleutnant v. d. Lann, Adjutant Sr. Maj. des Königs, der im vorigen Jahr das bekannte Freikorps befehligte, ist Chef des Generalstabs des genannten Armeekorps. Wie ich höre, werden beide Herren schon morgen abreisen.

Koburg, 17. März. (Bamb. Z.) Die hiesigen Truppen sind heute von hier ausmarschirt. Sie gehen nach Göttingen und von dort nach Schleswig.

Frankfurt, 17. März. (D. P. A. Z.) Die Deutsche Zeitung vom Gestrigen enthält einen Korrespondenzartikel aus Altona vom 13. d. M., welcher die Behauptung enthält, Oesterreich habe sich bezüglich der schleswig-holsteinischen Differenz der Politik und den Erklärungen Rußlands und Frankreichs angeschlossen. Wir können diese mit großer Zuversicht mitgetheilte Nachricht aus besserer Quelle durch Mittheilung eines wörtlichen Auszugs aus einer Note des k. k. österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt an das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten berichtigen. Es heißt darin:

Daß die k. k. Regierung, die Besorgnisse theilend, welche der Entschluß des Kabinetts von Kopenhagen durch die Aufkündigung des Waffenstillstands-Vertrags von Malmö dem Reichsministerium einzuschließen geeignet ist, dessen Wünschen entsprechend, bereits dem k. k. Gesandten am dänischen Hofe die Befehle zugehen lassen, nach Kräften dahin zu wirken, um die k. k. Regierung zum Abschluß eines neuen Waffenstillstands-Vertrags für eine der Wichtigkeit der Friedensunterhandlungen entsprechende Dauer und mit Beibehaltung des Status quo zu bestimmen. Ueberdies hat die k. k. Regierung den Gesandten am k. dänischen Hofe, Frhrn. v. Brinck, beauftragt, dem Könige und dessen verantwortlichen Räten an das Herz zu legen, bei den zu London eröffneten Friedensunterhandlungen nur der Stimme weiser Mäßigung zu folgen, damit aufrichtiges Entgegenkommen und redlicher Wille von allen Seiten rasch zu gutem Ende führe, und ein im Geiste des Friedens und der Versöhnung abgeschlossener Vertrag im gleichen Geiste vollzogen werde.

Frankfurt, 17. März. Mittelft telegraphischer Depesche empfing heute das Reichsministerium die Antwort aus Berlin, daß General Wrangel das ihm wiederum angetragene Oberkommando über sämtliche Reichstruppen in Schleswig-Holstein angenommen habe. Die Division preussischer Truppen, bestehend aus 12,000 Mann Infanterie, 1200 Mann Kavallerie, und 24 Geschützen, hat gestern Marschbefehl erhalten und wird in wenigen Tagen die Elbe überschreiten.

Hannover, 14. März. (Nordb. Bl.) Am heutigen Morgen in der Frühe ist von hier ein Kommissär an die südliche Landesgränze abgerückt, um 6000 Mann nach Schleswig-Holstein bestimmte kurhessische Truppen durch das hannoversche Gebiet zu führen. 6000 Mann hannoveraner verschiedener Waffengattungen werden sich, wie wir hören, am 16. nach derselben Richtung in Bewegung setzen.

Hannover, 15. März. (Hannov. Z.) Das Gesamtministerium hat heute durch nachstehende Mittheilung die allgemeinen Stände bis zum 12. April d. J. vertagt:

An die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs.

Die officiellen Nachrichten, welche der Regierung über die am 12. d. M. in der Nationalversammlung zu Frankfurt stattgefundenen Verhandlungen zugegangen sind, lassen mit höchster Wahrscheinlichkeit erwarten, daß die deutsche Verfassungsangelegenheit schon in nächster Zeit eine Wendung nehmen werde, welche diejenige auf diese Angelegenheit bezügliche Regierungsvorstellung, die wir unter dem 13. d. M. den Ständen vorgelegt haben, als den Umständen nicht mehr entsprechend erscheinen lassen würde. Wir finden uns dadurch veranlaßt, die gedachte Proposition zurückzunehmen, und befehlen uns vor, baldmöglichst weitere sachgemäße Anträge den Ständen zugehen zu lassen. Da aber unverkennbar die Ungewißheit über die in der deutschen Verfassungsfrage beruhende Grundlage der gesammten Staatsverhältnisse die Beratungen der Stände wesentlich erschweren dürfte, so haben wir es für angemessen erachtet, die Stände hiedurch auf eine kurze Zeit zu vertagen, welche wir mit Rücksicht auf das nahe bevorstehende Osterfest bis zum 12. April erstrecken, als an welchem Tage die Stände sich wieder zu versammeln haben werden.

K. hannoversches Gesamtministerium.

Bemühen. Prot. Stive. Braun. Lehzen. Düring.

Berlin, 14. März. (Frankf. Z.) Die Zweite Kammer hatte heute keine Plenarversammlung; in den Abtheilungen beräth man das Klubb- und Preßgesetz. Interessant war auch eine Bemerkung des Abg. Oberst v. Griesheim in der 7. Abtheilung. Der Vorsigende derselben, Hr. Phillips, äußerte, wie ihm schon im August v. J. von guter Hand die Nachricht geworden, daß man an eine Auflösung der Nationalversammlung denke, und wie man die Truppen nur in die Nähe von Berlin ziehen wolle, um den Staatsstreik führen zu können. Hr. v. Griesheim entschlopfen hierbei die Worte: „Man hat allerdings sich genöthigt gesehen, mit Dänemark einen Waffenstillstand abzuschließen, um Truppen für Berlin zu gewinnen.“ Hr. v. Auerswald, der einsah, welche Wichtigkeit man jener Bemerkung beilegen würde, veranlaßte Hr. v. Griesheim zu der Erklärung, daß seine Aeußerung nur eine persönliche Ansicht enthalten habe. Das gewichtige Wort ist Hr. v. G. entschlopfen, es ist nicht mehr zurückzurufen, obgleich wir nicht begreifen, was ihn zu jener Erklärung hinreißend mochte.

Berlin, 15. März. (Pr. St. A.) Die Postische Zeitung vom 14. d. M. erwähnt einer Nachricht, daß das Ministerium damit umginge, von den Kammern die Genehmigung zu einer Staatsanleihe von 70 Millionen zu erfordern. Diese Nachricht entbehrt, wie aus zuverlässiger Quelle versichert wird, jeder Begründung.

Berlin, 15. März. In diplomatischen Kreisen versichert man aufs bestimmteste, daß der König erklärt habe, er werde die Kaiserwürde nur nach Zustimmung sämtlicher deutschen Fürsten annehmen.

In der Ersten Kammer ist die Adressdebatte beendet; morgen wird die Adresse nach Einfügung der angenommenen

Hauptquartier Mailand, am 12. März 1849.

Soldaten! Eure heiligsten Wünsche sind erfüllt. Der Feind hat uns den Waffenstillstand aufgekündigt. Noch einmal streckt er seine Hand nach der Krone Italiens; doch er soll erfahren, daß sechs Monate Nichts an Eurer Treue, an Eurer Tapferkeit, an Eurer Liebe für Euren Kaiser und König geändert haben. Als Ihr aus den Thoren Verona's ausgezogen, und von Sieg zu Sieg eilend den Feind in seine Gränzen zurücktrieb, gewährtet Ihr ihm großmüthig einen Waffenstillstand, denn er wollte den Frieden unterhandeln, so sagte er; doch statt dessen hat er sich zum neuen Kriege gerüstet; den Frieden, den wir ihm großmüthig geboten, wollen wir in seiner Hauptstadt erzwingen. Soldaten! der Kampf wird kurz seyn, es ist derselbe Feind, den Ihr bei Sta. Lucia, bei Sommacampagna, bei Custozza, bei Volta, und vor den Thoren Mailands besiegt habt. Gott ist mit uns, denn unsere Sache ist die gerechte. Auf also, Soldaten! noch einmal folgt Euerem greisen Führer zum Kampf und Sieg.

Ich werde Zeuge Eurer tapfern Thaten, und es wird der letzte große Akt meines langen Soldatenlebens seyn, wenn ich in der Hauptstadt eines treulosen Feindes die Brust meiner wackern Gefährten mit dem blutig und ruhmvoll erzwungenen Zeichen ihrer Tapferkeit werde schmücken können.

Vorwärts also, Soldaten! Nach Turin lauter die Losung; da finden wir den Frieden. Es lebe der Kaiser! Es lebe das Vaterland!
Nadežky, Feldmarschall.

Schweiz.

Bern. (Eidg. 3.) Ueber die hiesigen Verhältnisse gibt folgende Entgegnung des Regierungsrathhalters Mathys im Schweizerischen Beobachter Licht:

In einem Artikel der Nr. 29 wurde gesagt, ich sey leichtin von untergeordneten Händen unter den Tisch geworfen worden, und ich hätte mich schon früher mit den eigenen Landjägern herumgeprügelt. Da diese Angaben Unwahrheit enthalten, so stelle ich sie auch als solche in Abrede. Mit keinem meiner Landjäger habe ich je ein böses Wort verloren, was alle bezeugen werden. Daß ich, wenn ich ungerecht angegriffen werde, mich vertheidige, sey es wo es wolle, wird mir kein Vermünftiger verübeln wollen; in meinem Leben hat mich aber noch Niemand unter einen Tisch geschlagen. — Meine Pflichten als Regierungsrathhalter und Mensch glaube ich bisher erfüllt zu haben. — Ganzlich fehlerfrei ist Niemand, auch mein Gegner wird Dieses nicht seyn. — In eine Zeitungs polemik lasse ich mich nicht ein, ich habe andere Arbeiten zu thun.

Ein solcher Vorwurf und eine solche Antwort ist wohl nur in Bern möglich.

Frankreich.

Paris, 16. März. Hr. Arenoz (im Kabinett des Generals Narvaez angestellt) ist so eben in Paris eingetroffen, wo er nur einige Stunden verweilen soll, um sich sofort nach Gaeta zu begeben. Er überbringt Hr. Martinez de la Roca die Vollmachten der spanischen Regierung, um über die Bedingungen der zwischen den Kabinetten von Paris, Madrid, und Neapel verabredeten Intervention zu unterhandeln. Die beiden Kabinetten von Paris und Neapel werden ihre Gesandten mit ähnlichen Vollmachten versehen.

Die Bestimmung des gestern votirten Wahlsystems gemäß werden die neuen Wahlen am 13. Mai, und der Zusammentritt der gesessenden Nationalversammlung am 28. Mai stattfinden.

Nächste Woche kommt eine Frau Namens Leblanc vor das Kriegsgericht, welche beschuldigt ist, in den Junitagen mehreren Mobilgardisten mit einem großen Fleischermesser den Kopf abgetrennt zu haben. Das Messer, welches an der Spitze 8 Zoll lang und 5 bis 6 Zoll breit ist, wurde gestern bei dem Kriegsgericht deponirt.

Bei dem Prozeß der Maingefangenen in Bourges sind bis jetzt 60 Zeugen verhört worden. Gestern Abend bei Abgang der Eisenbahn begann unter allgemeiner Aufmerksamkeit die Zeugenansage des Hr. v. Lamartine. Man glaubt, daß außer dem General Courtais auch Raspail freigesprochen wird, da sich herauszustellen scheint, daß wenigstens diese beiden Angeklagten an einem Plane zum Umsturz der bestehenden Regierung und zur gewaltsamen Auflösung der Nationalversammlung keinen Antheil hatten.

Der Prozeß über die Unruhen zu Limoges, welche im April v. J. stattgefunden haben, ist vor dem Assisenhof von Poitiers eröffnet. Die Zahl der Angeklagten, welche der Partei der rothen Republik angehören, beträgt 44, wovon übrigens 6 abwesend sind.

Paris, 17. März. Die Cholera verweilt fast inkognito unter uns: sie befällt höchstens eine bis zwei Personen per Tag. Seit einer Woche sind nur 12 Kranke in die Hospitäler von Paris gebracht worden, wovon nur 3 gestorben sind.

Zwei der Mörder des Generals Brea, Dair und Lehr, sind heute Morgen hingerichtet worden.

In der Gerichtsitzung des Maiprozesses zu Bourges am 15. (nach Abgang des letzten Berichtes) legte Hr. v. Lamartine seine Zeugenansage ab. Er stellt die Ereignisse vom 15. Mai als ein zufälliges, durch die Umstände veranlaßtes, nicht vorher verabredetes Attentat dar. Seine Aussagen tragen viel zur Entlastung der Angeklagten, namentlich des Generals Courtais, bei. Die Sitzung vom 16., in welcher das Zeugenverhör fortbauerte, war ohne Interesse.

Paris, 17. März. Es liegt außer Zweifel, daß die kriegerischen Gerüchte, womit sich unsere Tagblätter wieder herumtragen, und die auf der Börse ein bedeutendes Sinken der öffentlichen Fonds veranlassen, das Werk einiger schlaunen Spekulantinnen waren, welche dieses Weichen der Staatspapiere als Börsenspieler ausbeuteten und einen ziemlichen (oder vielmehr unziemlichen) Schnitt dabei machten. Ein bekannter Bankier, welcher eigens zu solchen Spekulationen das Abendblatt „Patrie“ käuflich an sich brachte, steht an der Spitze dieser Jobberei. So oft die Staatspapiere bedeutend in die Höhe gehen, verfehlt die „Patrie“ niemals, irgend eine unheilshwangere Botschaft zu verbreiten, um die Börsenmänner dadurch in Schrecken zu setzen. Die nächste Folge ist dann ein plötzliches Weichen der Kurse,

woraus Diejenigen, welche hinter den Kulissen stehen, schnell Nutzen zu ziehen wissen.

Von den Mördern des in den Junitagen meuchlerisch geforderten Generals Brea sind heute früh drei an der Barrière von Fontainebleau, an der Stelle, wo sie ihr Verbrechen begangen hatten, guillotiniert worden. Den übrigen zum Tode Verurtheilten hat Ludwig Napoleon zwar das Leben geschenkt, aber die Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt.

Großbritannien.

London, 13. März. Im Unterhause wurde gestern die Debatte über die zweite Lesung der Bill zur Aufhebung der bisherigen brittischen Schiffahrts-Gesetze wieder aufgenommen. Das auf Verwerfung der Bill gerichtete Amendement des Hrn. Herries wurde schließlich mit 266 gegen 210, also mit einer Majorität von 56 Stimmen verworfen und die zweite Lesung genehmigt.

Vermischte Nachrichten.

Die Ulmer Chronik schreibt: „Trauert Mosen und Joci! Ganslosen! das berühmte Ganslosen ist nicht mehr! Es ward verschlungen — durch ein Erdbeben? Nein! durch einen Ministerialbeschluss, welcher dieser regenerirten, mit dem Zeitgeist fortgeschrittenen Gemeinde auf ihre Bitten den Namen Auen Dorf verleiht. So geht ein schwäbischer Pumor um den andern dahin.“

In London ist dieser Tage der Katalog der Bibliothek des brittischen Museums ausgegeben worden. Derselbe besteht aus 88 Bänden in groß Folio. Die Bibliothek enthält 435,678 gedruckte Bände, 29,626 Bände Manuskripte, 23,980 ungebundene Manuskripte, worunter 208 ägyptische auf Papyrus, und 10,221 Karten und Pläne.

Das Wort „demokratische Republik“, bemerkt ein heftiger Korrespondent der Obergpostramt-Zeitung, hat das Eigenthümliche, daß man nothwendig griechisch und zugleich lateinisch kennen muß, um es zu verstehen, und gleichwohl, wenn man auch griechisch und lateinisch kann, es nicht nothwendig versteht. Es ist nämlich offenbar nur ein Rahmen, in dem man allerlei Bilder einpassen kann. Gewiß gehören zu ihren Anhängern sonst edelbekende junge Leute, die, mit der Geschichte, diesem großen Sündenregister der Menschheit, unbekannt, noch nach dem Mächtagstag von 1849 in Asteuropa nicht bloß die Einführung, deren Möglichkeit wir selbst nicht in Abrede stellen, sondern die Dauer einer Staatsform für möglich halten, wo ein ephemerer Bürgermeister das Ganze wie eine Gemeinde harmlos und spottwofelhaft regiert, und Jeder dem Andern nur Liebes und Gutes anthut. Auch philosophische Köpfe scheinen uns im Spiele, die darin das Minimum des Staates sehen, nach welchem gleich das Reich der Liebe und der ewigen irdischen Seligkeit beginnt. Allein nicht Alle sind dieses edlern Schlages. Trügt der Anschein nicht, so sind auch Leute darunter, die alles Hohe niedrig und alles Erbhabene gemein haben möchten, um die Last des Respektes los zu werden. Endlich, so bedünkt es uns nach dem Ansehen der Personen, gehört eine große Anzahl hiesiger, die sich zwar über die Sache klar ist, aber aus Unkenntniß der Sprache die demokratische Republik mit etwas Andern verwechselt, das den schönen Namen Serisachpela führt, und in der glücklichen Einrichtung besteht, daß man seine Schulden los wird, ohne sie zu bezahlen.

Ein Schreiben aus Konstantinopel in der Allgemeinen Zeitung erzählt: Vorigen Freitag Nachmittag besuchte der Großherr, nur von seinem Schwager Zeih Ahmed Pasha begleitet, das neue Opernhaus in Pera und ließ sich die „Einba“ von Donizetti aufführen. Niemand sonst war im Theater. Denn die orientalische Etikette verbietet strenger, als jede andere, jedweden Kommunismus zwischen Herrscher und Unterthan. Der Padschasch spricht stets allein, Niemand darf sich auf den Stuhl setzen, auf dem Se. Hoh. geruht, oder die Tasten des Piano's mit den Fingern berühren, auf dem der Sultan gespielt ist. Der Großherr schien an der Oper viel Vergnügen zu finden; er ließ sich öfters Erklärungen geben, sorgfältig befähigt die Primadonna, und fand es fast unglücklich, daß der Schauspieler, der den Alten gab, nicht wirklich ein alter Mann seyn sollte. Beim Weggehen schenkte er der Truppe 50,000 Piaster, so wie mehrere Dosen dem Unternehmer, dem Baumeister ic.

Erklärung.

Die „Deutsche Zeitung“ vom 16. März, Nr. 75, enthält unter dem Datum „Frankfurt, den 12. März“ die Behauptung: Die Briefe, welche ich über unsere Sendung nach Olmütz geschrieben, fänden nicht Worte genug, um die empörende Mißachtung, selbst Geringschätzung, welche wir in Wien und Olmütz fanden, zu schildern. Es heiße unter Anderem wörtlich: „Wir sind wie Schulbuben behandelt und von einem Vorzimmer ins andere geschickt worden.“

Dieser ganze Artikel ist vom Anfang bis zum Ende eine Lüge. Ich habe gar keinen Brief nach Frankfurt geschrieben, und in dem einzigen, den ich überhaupt über unsere Sendung schrieb, habe ich die offene Weise anerkannt, in welcher die österreichischen Minister uns ihre Ansichten schon vor dem Erscheinen der Konstitution darlegten. Wir sind gar nicht in Olmütz gewesen; in Wien aber war unser Empfang in jeder Beziehung zuvorkommend und würdig. Daß ich irgendwo den Schlusssatz des Artikels geschrieben hätte, ist eine freche Lüge.

Ich bitte alle ehrliebenden Redaktionen von Zeitungen um Aufnahme dieser Erwiderung, da sie zugleich einen weitem Beweis der Mittel liefert, deren sich die kleindeutsche Zeitung für ihre Zwecke bedient.

Frankfurt, 16. März 1849.
Perrmann,
Mitglied der Nationalversammlung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Am 1., 2. März	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Luftdruck red. auf 10° R.	27°10.2	28°1.2	28°1.5
Temperatur nach Reaumur	3.7	3.1	6.8
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.79	0.75	0.70
Wind und Stärke (4=Sturm)	SW ¹	SW ³	SW ³
Bewölkung nach Zehnteln	0.7	0.8	0.8
Niederschlag Par. Kub. Zoll.	5.8	—	—
Verdunstung Par. Zoll Höhe	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin.	2.2	2.0	2.5
1. März.	bb. trüb.	bb. trüb.	bb. trüb.
Therm. min.	3.4	vorher	—
„ max.	6.2	Regen.	—
„ med.	4.4	—	—

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giesne.

Zusätze und Verbesserungen, die insbesondere auf die deutsche und dänische Frage sich beziehen, noch einmal zu allgemeiner Genehmigung vorgelegt und sodann Sr. Maj. durch eine Deputation von 20 Mitgliedern überreicht werden.

Aus der Zweiten Kammer erfahren wir, daß die Wahl Gladbach's trotz heftigen Sträubens von Seiten Gladbach's selbst und seiner politischen Freunde auf Antrag der betreffenden Abtheilung für ungültig erklärt wurde, und daß der Antrag Waldeck's und Genossen auf Aufhebung des Belagerungszustandes erst nach der Debatte über die Regierungsvorlagen auf die Tagesordnung kommen wird, also im Grunde genommen beseitigt ist.

Nach Briefen aus Mecklenburg erwartet man daselbst in den nächsten Tagen Auflösung der Kammern und Otfroyirung der Verfassung.

Berlin, 16. März. Heute ist Hr. v. Camphausen von hier nach Frankfurt a. M. abgereist; — wie man sagt, mit günstigen Erklärungen für ein preussisches Kaiserthum.

Wien. (Presse.) Dr. Fischhof ist dem Kriminalgerichte übergeben worden, da dieses nach den vorliegenden Akten die Einleitung des Kriminalverfahrens für begründet erkannt hat; der Priester Prato hingegen ist mit der Weisung, Wien sogleich zu verlassen, auf freien Fuß gesetzt worden.

Wien, 6. März. (Allg. Z.) Aus öffentlichen Blättern werden Sie bereits erfahren haben, daß der elektro-magnetische Telegraph von Wien bis Triest spielt, dergleichen von Wien bis Prag, zusammen die hübsche Strecke von 110 Meilen. Gleichermaßen werden alle österreichischen Hauptstädte durch ein großartiges Telegraphennetz unter sich verbunden werden, welches eine Gesamtlänge von nicht weniger als 500 Meilen begreifen wird. Bereits aber sind mit den süddeutschen Staaten Unterhandlungen angeknüpft, um an den Telegraphen in Straßburg unmittelbar anschließen zu können, und dadurch eine telegraphische Linie von Paris über Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart, Ulm, Augsburg, München nach Wien herzustellen.

Nach dem bereits oben angedeuteten Prinzip beabsichtigt aber das Ministerium mit Herstellung dieser telegraphischen Linie keineswegs etwa der Diplomatie ein ausschließendes Geschenk zu machen, sondern alle österreichischen Telegraphenlinien werden dem Publikum in der Art zur Benützung freigegeben, daß ein zweiter Draht, und nach Bedürfnis irgend sogar ein dritter gelegt wird, ausschließlich zum Behuf der Privatkorrespondenz. Im Pallaste des Handelsministeriums (in der Herrngasse, ehemals Pallast Eske) wird zu ebener Erde, mit dem geringsten Zeitverlust zugänglich, ein eigenes Abgabebüreau für telegraphische Korrespondenzen eingerichtet, von wo dieselben an das im selben Gebäude bestehende Central-Telegraphenbureau zur Signalisirung abgegeben werden, aus welchem die Leitungen nach allen Richtungen hin geführt werden. Die bisherige Methode, zu telegraphiren, würde aber nicht ausreichen, den Anforderungen des Publikums zu genügen, da sie dafür zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Das Ministerium steht daher mit dem Amerikaner Robinson in Unterhandlung, um demselben ein technisches Geheimniß abzukaufen, nach welcher Methode nämlich so schnell telegraphirt werden kann, als ein geübter Schreiber schreibt.

Es ist nicht zu zweifeln, daß auch in den Nachbarstaaten die Telegraphen für das Publikum zugänglich werden. Die österreichische Energie in Ausführung großartiger Maßregeln ist bekannt; unsererseits muß die telegraphische Linie bis Ende Juni's die bayrische Gränze erreicht haben — 37 Meilen; von dort bis Straßburg sind zwar 73 Meilen, an denen aber auch drei Regierungen zu bauen haben; an diesen wird es liegen, ob mehr als die Hälfte des Jahres 1849 darüber vergehen wird.

Es wird also das Verdienst Oesterreichs seyn, wenn von Calais bis Triest (220 Meilen) eine Telegraphenverbindung zu Stande kommt, welche jene Entfernung auf Sekunden reduziert, durch ein Kommunikationsmittel, welches 1 1/2 größere Geschwindigkeit besitzt, als das Licht selbst! Oesterreich wird den Ruhm haben, in Verbindung mit den süddeutschen Regierungen die Möglichkeit hergestellt zu haben, daß, ehe vier Monate vergehen, eine Handelsnachricht, der Privatbericht eines Kaufmanns in London binnen etwa 5 bis 6 Stunden an seinen Geschäftsfreund in Triest gelangt. Die Anstrengungen des Triester Lloyd haben bewiesen, daß der kürzeste Weg der indischen Ueberlandpost durch Deutschland führe: — durch die angegedeutete Telegraphenverbindung ist dieser Korrespondenzzug in einer Art gesichert, welche der Phantasie den weitesten Spielraum läßt für die Folgerungen, die sich daran knüpfen!

Wien, 15. März. Ein neuer Armeebereich (der 28.) bestätigt den Rückzug der Insurgenten unter Bem nach Maros-Basarhely und faßt die verschiednen neueren Kriegsoperationen zusammen. Komorn und Peterwarden sind enger eingeschlossen, so daß man einer baldigen Uebergabe dieser Festungen entgegensteht.

Eine Kundmachung des Feldmarschalls Windisch-Grätz aus Ofen vom 11. macht bemerklich, wie wenig die von den Insurgenten verfolgte Sache eine magyarisch-nationale sey, indem man unter 100 Gefangenen wenigstens 60 von andern Nationalitäten trifft. Zugleich wird zur Bildung von Freiwilligenkorps aufgefordert. Die k. k. Armee in Ungarn ist nun auf 148,000 Mann gebracht.

Erzherzog Johann ist auf sein Ansuchen des Amtes als Kurator der k. k. Akademie der Wissenschaften entbunden und diese Geschäfte dem jeweiligen Minister des Innern übertragen worden.

Die Nachricht von der Festnehmung und Auslieferung Führer's hat sich nicht bestätigt, vielmehr ist derselbe nebst den andern Flüchtlingen entkommen. Man vermuthet, daß dieselben ihren Weg nach Belgien genommen haben.

Oesterreichische Monarchie.

Mailand. Feldmarschall Nadežky hat nachstehende Proklamation an die Armee erlassen:

